

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserte müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gepaltene Bettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 16.

Sonntag, den 19. April.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Sächsische Straße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Freisinnige Gesinnungstüchtigkeit.

Raum haben die freisinnigen Fraktionen des Reichstags liberale Grundsätze schmöde preisgegeben durch ihre Zustimmung zu dem nichts weniger als freiheitlichen Reichsvereinsgesetz, da bereiten sie schon wieder einen Umfall vor. Die schwierigste Aufgabe des Reichstags, die Deckung des Defizits — das bekanntlich über 400 Millionen Mark beträgt, ist bis zum Herbst verschoben worden. Sie stellt die Blockparteien, hauptsächlich die freisinnigen, auf eine harte Probe. Bisher traten die letzteren für direkte Steuern ein. Jetzt aber versuchen sie schon, ihre Schwertung den dummen Wählern plausibel zu machen.

In der Osterwoche findet in Frankfurt a. M. der Parteitag der freisinnigen Vereinigung statt. Die Abgeordneten Dobe und Mommsen werden als Referenten dem Parteitag folgende Resolution vorschlagen:

Die baldige und für die Zukunft ausreichende Deckung der finanziellen Bedürfnisse des Reichs ist eine unbedingte Notwendigkeit im Interesse der Aufrechterhaltung unsres politischen und wirtschaftlichen Ansehens im Inlande und Auslande.

Zur dauernden Deckung des Mehrbedarfs an laufenden Ausgaben und des Bedarfs, der zur Herabwanderung des Anleihebedürfnisses außerdem erforderlich ist, genügen nicht allein direkte Steuern oder Steuern, die die vermögenden Klassen treffen, es muß auch auf geeignete Verbrauchssteuern zurückgegriffen werden.

Voraussetzung für die Zustimmung zu derartigen Verbrauchssteuern ist die ausreichende Heranziehung der vermögenden Klassen zur Tragung der Kosten der Reichsverwaltung, sei es im Wege der Einkommens-, Vermögens- oder einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Deszendenten und Ehegatten. Dazu müßte eine Erhöhung der Matrilinearbeiträge unter Schaffung eines besseren Verteilungsmodus auf die Einzelstaaten treten.

Mit der Schaffung ausreichender Mehreinnahmen muß aber auch eine Herabsetzung der Ausgaben verbunden sein, nicht nur durch allgemeine Sparsamkeit, sondern auch durch eine Vereinfachung und Verbesserung der gesamten Verwaltung und insbesondere durch eine Herabsetzung der finanziellen Lasten der deutschen Wehrmacht.

Dazu schreibt das Hamburger Echo:

Die Freisinnigen — zunächst wenigstens der weibliche Flügel — erklären sich also in der Frage der Finanzreform ebenso zum Umfall bereit, wie sie ihn beim Vereinsgesetz vollzogen haben und in der Wahlrechtsfrage zu vollziehen von vornherein in Aussicht gestellt haben. Gegen die zermürbende Wirkung der Blockpolitik gibt es keine Rettung mehr. Der Blockfreisinn hat nur noch das eine Bedürfnis: im Block auch weiterhin geduldet zu werden, um der Reaktion Sondlangerdienste leisten zu können. Auf die Durchführung seiner „Grundsätze“ legt er keinen Wert mehr, sondern nur noch darauf, vor den Wählern sein Gewissen zu salbieren durch den Schein, als ob etwas den liberalen Grundsätzen Entsprechendes geschähe. Wie hoch und heilig haben die Herren geschworen, keine neuen indirekten Reichssteuern befürworten zu wollen, sondern nur noch direkte! Die Schwüre sind vergessen: „es muß auf geeignete Verbrauchssteuern zurückgegriffen werden!“ Nur eine ganz kleine Bedingung ist dabei, die vermögenden Klassen sollen „ausreichend“ zu den Lasten des Reichs herangezogen werden. Was heißt hier ausreichend. Die Parteien der besitzenden Klassen werden sich ja leicht überzeugen lassen, daß solche „ausreichende“ Heranziehung schon vorliegt. Auch die Freisinnigen werden keine Unmenschen sein. So ein ganz kleines winziges Steuerchen, vielleicht eine geringe Erweiterung der Erbschaftsteuer, wird ausreichen, ihr Gewissen zu beruhigen. Und hinter dieser „Kompensation“ verschanzte werden sie dann den Volksmassen einen hübschen Bades neuer indirekter Steuern auf-laden.

Es ist ein wahres Hundeelend mit dieser liberalen Feigheit, die nicht den Mut besitzt, nach den vor der Öffentlichkeit gepriesenen „Grundsätzen“ zu handeln, die gar nicht mehr die Zeit abwarten kann, um die Bereitwilligkeit, den Forderungen der Reaktion zu genügen, zu erklären. Zu der jämmerlichsten Grundlosigkeit gesellt sich die klügliche politische Taktik, die schon im voraus die eigenen Karten aufdeckt, damit der Gegner danach handeln kann.

Und nun gar die Sparsamkeit! Und bei der Wehrmacht! Die fordern dieselben Leute, die sich bei allen Militär- und Flottenvorlagen im Bewilligen nie genug tun konnten! Sie haben sie den Mut zu einem Nein gefunden und nun wollen sie angeblich an dieser Stelle sparen.

Das heißt zur Grundlosigkeit die elendeste Heuchelei hinzuzufügen.

Zigarrenarbeiterverhältnisse im Großherzogtum Hessen.

II.

Anlässlich der Lohnbewegung in der Zigarrenindustrie wurde von der Fabrikinspektion das Material über die Gesundheitsverhältnisse der Zigarrenarbeiter zusammengestellt. Die Krankenkassen haben vielfach geklagt über eine allzu starke Inanspruchnahme durch die Zigarrenarbeiter und dann insbesondere durch die Zigarrenarbeiterinnen. Als Ergebnis seiner Untersuchungen stellt der Fabrikinspektor nachstehendes fest: „Abgesehen von 123 Wochenbetten, sind in den Jahren 1905 bis Ende 1907 bei 2500 Arbeitern insgesamt 654 mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle zur Anmeldung gekommen. Etwa 45 Prozent entfallen auf Erkältungskrankheiten (Influenza, Bronchitis, Hals- und Kehlkopfkatarrhe, Rheumatismus, Gesichtsröte usw.), nahezu 10 Prozent auf Magen- und Darmkatarrhe und 9 Prozent auf Blutarmut, Bleichsucht und Nervenleiden. Bemerkenswert erscheinen ferner Lungenkatarrh und Bluthusten, sowie Lungen-, Brust- und Rippenfellentzündungen, die zusammen 7,6 Prozent auf Magen- und Darmkatarrhe an Zeigefinger und Daumen, die 5 Prozent aller Krankheitsfälle ausmachen. Von Lungenschwindsucht sind nur 7 Fälle — 11 Prozent — gezählt worden, in Wirklichkeit wird jedoch diese Zahl eine höhere sein. Die Krankenscheine enthalten nämlich, vielfach wohl mit Rücksicht auf die Patienten, bei einzelnen Namen keine Krankheit angegeben. Die wiederholte Erkrankung der betreffenden Personen an Bluthusten, Lungenpituitatarrh oder Rippenfellentzündung, die lange Dauer ihrer Erwerbsunfähigkeit, sowie der später gemeldete Tod lassen aber über die Bedeutung und Schwere der Krankheit kaum noch einen Zweifel. An Augenleiden wurden 3,5 Prozent, an Störungen der Menstruation sowie an Blutungen und Störungen während der Schwangerschaft je 1,4 Prozent, an Abortus 1,2, an Gallensteinleiden und Blasenkatarrh je 1,7 bzw. 1,2 Prozent festgestellt. 8,5 Prozent betreffen innere und äußere Krankheiten verschiedener Art und zumeist leichteren Grads. Auf Unfälle und Verletzungen (Verbrennungen, Verstauchungen, Arm- und Beinbrüche, Schnittwunden usw., die außerhalb des Berufs zugezogen waren) kommen 5,4 Prozent aller Fälle. Eigentliche Betriebsunfälle ereigneten sich verhältnismäßig sehr selten.“

Der Fabrikinspektor bedauert, daß keine Industrie in dem Aufsichtsbezirke ist, mit der man die Verhältnisse der Zigarrenmacher gut vergleichen könnte. Er kommt aber dann doch zu nachstehenden für uns sehr wichtigen Betrachtungen: „Zimmerhin aber bleibt auch ohne einen solchen der offensichtlich hohe Prozentsatz, den in erster Linie die Erkältungskrankheiten und besonders die Erkrankungen der Respirationsorgane einnehmen, bemerkenswert, und es erscheint kaum zweifelhaft, daß Zigarrenarbeiter mehr als andre gewerbliche Arbeiter diesen Erkrankungen ausgesetzt sind. Eine wesentliche Ursache dafür dürfte wohl in dem beständigen Aufenthalt und der im Eigen ohne besondere körperliche Bewegung ausgeübten Beschäftigung in warmen Räumen zu suchen sein. In Verbindung mit diesen macht die den Witterungsverhältnissen meist nicht angepasste Kleidung, wie sie bei den aus ländlichen Kreisen stammenden Arbeiterinnen üblich ist, dieselben gegen Kälte empfindlich und läßt sie häufiger erkranken als andre Menschen, zumal der weitaus größte Teil oft bei rauher Witterung einen allabendlichen und frühmorgendlichen größeren Marsch nach und von den Seimatsdörfern zurückzulegen hat. Daß aber dabei auch noch andre Ursachen und insbesondere wohl die ständige Einwirkung des Tabakstaubs mit in Betracht kommen, dafür sprechen einmal die lange Dauer und Hartnäckigkeit der Katarrhe und die Häufigkeit und Schwere ihrer Folgeerkrankungen (Lungenkatarrh, Bluthusten, Rippenfellentzündung usw.), dann aber auch zweifellos die in mehr als gewöhnlicher Häufigkeit auftretenden Magen- und Darmkatarrhe, sowie die mannigfachen Störungen in der weiblichen Geschlechts-sphäre. Wie groß aber der Anteil der eigentlichen beruflichen Schädigungen an der Erkrankungs-ziffer bei den erwähnten Krankheiten ist, vermögen wir nicht zu sagen. Nur die zahlreich auftretenden Eiterungen an Zeigefinger und Daumen bei den Rollern sind wir geneigt auf das beständige Beschnüren der Finger mit Klebstoff und Tabakstaub beim Drehen der Spitze zurückzuführen. Berufliche Schädigungen sind wohl zweifellos vorhanden, ihre Würdigung aber kann ohne eine umfassende Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente, der Lebensweise, Ernährung, Wohnung, körperlichen und erb-

lichen Veranlagung, Zeit der fortgesetzten Fabrik-tätigkeit, Alter usw., nur zu unzuverlässigen Schlüssen führen. Statistisches Material ist im Aufsichtsbezirke in reicher Menge vorhanden, bisher aber unsres Wissens noch nicht eingehender bearbeitet worden. Es wäre dies unsres Erachtens eine Aufgabe für einen speziell mit der Untersuchung und Behandlung von Zigarrenarbeitern in jahrelangem Umgange vertraut gewordenen Arzt, der auch die sonstigen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter kennt und mit den Vorständen der Krankenkassen in ständiger Verbindung steht.“

Die statistische Uebersicht über 654 an 2500 (2100 weiblichen und 400 männlichen) Zigarrenarbeitern in den Jahren 1905—1907 beobachtete Todesfälle, die dem Berichte als Anlage beigelegt ist, zeigt folgendes Bild:

Krankheiten	Zahl der auf männl. Arbeiter entfallenden Krankheitsfälle	Zahl der auf weibl. Arbeiter entfallenden Krankheitsfälle	Zahl der sonst-kräftige über-haupt	Das sind Prozente aller Krankheits-fälle	Durchschnittliche Dauer der Erwerbsunfähig-keit in Tagen
Influenza	84	152	166	25,4	17
Bronchitis, Hals- und Kehlkopfkrankheiten	8	62	70	10,7	14
Rheumatismus und Gicht	8	28	36	5,5	38
Gesichtsröte	1	9	10	1,5	16
Lungenkrankheit, Bluthusten	3	24	27	4,1	47
Lungen-, Brust- und Rippenfellentzündung	4	19	23	3,5	29
Lungenschwindsucht	—	7	7	1,1	100
Magen- u. Darmkrankheiten	11	54	65	9,9	18
Blutarmut, Bleichsucht und Nervenleiden	1	58	59	9,0	26
Menstruationsstörungen und Unterleibsbeschwerden	—	9	9	1,4	55
Blutungen und Störungen während der Schwangersch.	—	9	9	1,4	42
Abortus	—	8	8	1,2	20
Fingerentzündung	4	28	32	5,0	16
Gallensteinleiden	1	10	11	1,7	35
Blasenkatarrh	4	4	8	1,2	20
Augenleiden	5	18	23	3,5	20
Unfälle und Verletzungen	6	29	35	5,4	19
Sonstige verschiedene Erkrankungen	16	40	56	8,5	27
Zusammen	106	548	654	100,0	

Diese Mitteilungen sollten öfters gelesen und vor allem in Betracht gezogen werden, wenn man junge Leute dem Zigarrenarbeiterberufe zuführen sieht.

Ueber die Einwirkung der neuen Bekanntmachung auf die Zigarrenindustrie berichtet der Aufsichtsbeamte für Gießen: In einer Anzahl Betriebe war eine Herabsetzung der Zahl der beschäftigten Arbeiter in den Fabrikräumen erforderlich, weil die Höhe dieser Räume weniger als drei Meter betrug und deshalb auf jede beschäftigte Person mehr als 10 Kubikmeter Luft Raum nach den neuen Vorschriften entfallen müssen. Zwei Fabriken wurden zu Neubauten veranlaßt. Die Verabreichung von Sand-tüchern an das Arbeiterpersonal hat sich vielfachen gegen-teiligen Meinungen zum Trotz recht günstig bewährt. Ein Mißbrauch ist mit denselben nur ganz vereinzelt getrieben worden. Die Beschaffung der vorgeschriebenen Wascheinrichtungen hat in manchen Fabriken mangels des nötigen Raums oder einer Wasserleitung Schwierigkeiten bereitet. Der vorhandenen Einrichtungen bedienen sich viele Arbeiter leider noch nicht in dem Maße, als es wünschenswert wäre. Abgesehen davon, daß nach dem Verlassen der Bedürfnisanstalten der Arbeiter im Interesse einer reinlichen Fabrikation der Zigarren die Hände waschen sollte, würde er damit auch seinen gesundheitlichen Verhältnissen Rechnung tragen und vielleicht der Entzündung der Finger vorbeugen, die, wie die Statistik ausweist, bei den Rollern mitunter vorkommt.

Der Wormser Aufsichtsbeamte hielt es für erforderlich, von den in der Bundesratsbekanntmachung zugestandenen Ausnahmen in mehreren Fällen Gebrauch zu machen. In allen 13 Fällen war die vorgeschriebene Höhe von drei Metern nicht vorhanden. Die Ausnahmen sind unter zeitlicher Beschränkung und unter der Voraussetzung bewilligt worden, daß der auf die beschäftigte Person entfallende Luft Raum mindestens 10 Kubikmeter, steigend mit abnehmender Höhe bis zu 20 Kubikmeter, beträgt. Eine Anlage ist bereits umgebaut. Die Erlaubnis für die größeren Anlagen, bei denen nur einzelne Räume der Vorschriften nicht entsprechen, wie z. B. die Sortier- und Aus-rippräume, erlischt meistens schon in diesem Jahre, sonst im nächsten Jahre, nur für die kleineren Anlagen endigen die Ausnahmen erst nach Verlauf eines längeren Zeitraums.

Auf die merkwürdige Tatsache, daß eine Zigarrenfabrik von einer Gemeinde erbaut wird, weist der Darmstädter Gewerbeaufsichtsbeamte hin. Er schreibt: „In einer Gemeinde im mittleren Odenwald, in der die Erwerbsverhältnisse durch die Rauheit des Klimas, die große Entfernung der Verkehrspunkte und durch den Niedergang der Sandsteinindustrie recht geringe waren, hatte vor einigen Jahren der Inhaber einer Zigarrenfabrik eine gewerbliche Anlage in einem der Gemeinde gehörigen Gebäude gegründet, dessen Räume allerdings schon damals nicht den gesetzlichen Anforderungen im vollen Maße genügten. Bei Ankündigung der neuen Vorschriften auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung entschloß sich nun die Gemeinde nach Abschluß eines Mietvertrags mit dem Fabrikanten, durch den der Gemeinde kein Schaden entstehen kann, das alte Gebäude niederzureißen und eine neue Fabrik zu errichten, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Die neuen Räume sind gegen Ende des Berichtsjahres ihrer Bestimmung übergeben worden. Sie sind nach jeder Richtung hin vorbildlich. Die Gemeinde hat durch ihr verständnisvolles Vorgehen einem Teil ihrer Mitglieder auf Jahr hin einen Erwerb, der namentlich aber gesundheitliche Nachteile ausschließt, gesichert.“

Wir sehen, daß im Jahre 1907 die Bundesratsbestimmung noch nicht die Bedeutung gewonnen hat, die optimistische Ueberschäger der amtlichen Sozialpolitik erwartet haben. Das Hauptergebnis des Berichts ist doch, daß zahlreiche Ausnahmen gewährt wurden und daß die Aufstichtungsbeamten in dieser Hinsicht das größte Entgegenkommen gezeigt haben; andererseits sieht man auch aus dem Bericht, daß die Gewerbeinspektoren auffallend wenig Uebertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen konstatiert haben. Hieraus kann man nicht auf eine besonders günstige Durchsetzung des Arbeiterschutzes, sondern auf ein gewisses Ungenügen der Gewerbeaufsicht schließen. Nach der ganzen Sachlage muß man annehmen, daß die Zahl der ungesetzlich beschäftigten Personen und der zu langen Verwendung derselben in den Betrieben bedeutend größer sein muß, als sich nach dem Ergebnis der Gewerbeaufsicht schließen ließe. Hoffentlich wird die Gewerbeinspektion künftighin im höheren Maße auf die Durchsetzung der neuen Arbeiterschutzbestimmungen gerichtet sein und dadurch zu besserer Einsicht über die wirklichen Arbeiterverhältnisse und über das zum Schutze der Arbeiter Notwendige gelangen. —

Die Arbeitslosenunterstützung vor dem englischen Parlament.

Wenn auch Margens Name jetzt viel öfter und mit viel größerer Achtung in England genannt wird als früher und der sozialistische Gedanke eine Proletariersehnsucht nach der andern fast mühelos durchdringt, so wird doch die soziale Frage hier anders formuliert, als auf dem europäischen Festlande. Die letzten Hefte der Fortnightly Review enthielten mehrere Artikel, in denen hochgebildete bürgerliche Politiker ihrem tiefen Unbehagen Ausdruck gaben über die geistige Umpolung, die sich in sozialpolitischen Dingen sichtbar vollzieht. Und die von der Westminster Gazette unlängst veranstaltete Untersuchung über die Disfunktionsgegenstände in den großen Arbeiterklubs enthielt die lehrreiche Tatsache, daß die Arbeiter überall sozialistische Thematika allen anderen Fragen vorziehen. Freiheit und Schuttpoll, Homerule und Zentralisation, Religion und Unglaube und ähnliche politische Redenshüter erwecken in Arbeiterkreisen wenig oder gar kein Interesse. Wer ebensowenig kümmert man sich da um theoretische Debatten über den Sozialismus. Wollte man mit wenigen Worten sagen, worin der Umschwung im sozialistischen Denken der intelligenten Arbeiter und bürgerlichen Politiker besteht, so könnte man sagen, daß sich bei ihnen die Ueberzeugung Bahn bricht, die Armut sei nicht notwendig; die menschliche Arbeit sei ergiebig genug und der menschliche Geist bereits stark genug, um dem materiellen Elend ein Ende zu machen. Und das materielle Elend wird hier vor allem am tiefsten empfunden durch das Vorhandensein von Arbeitslosen, die, wie statistisch nachweisbar, ohne ihre persönliche Schuld ins Elend geraten sind.

Der erste Versuch — allerdings ein sehr schwacher Versuch —, diesem Uebel näher zu treten, wurde im Sommer des Jahres 1905 von der letzten konservativen Regierung gemacht. Sie setzte eine Unemployed Workmen Act durch, die im Prinzip die Verantwortlichkeit der Gesellschaft für die Arbeitslosigkeit anerkannte und einen Verwaltungsapparat schuf, die Arbeitslosen und die lokalen Körperschaften aneinanderzubringen. Die Schwäche dieses Gesetzes bestand erstens darin, daß es keine normalen Finanzquellen eröffnete, sondern an die öffentliche Wohltätigkeit appellierte; zweitens, daß seine Geltungszeit auf drei Jahre beschränkt wurde. Als die Wahlen vom Januar 1906 eine Arbeiterfraktion ins Unterhaus brachten, berrilligte die liberale Regierung 200000 Pfund Sterling zur Ausführung des Gesetzes aber Mr. John Burns, in dessen Kompetenz das Gesetz fiel, zeigte wenig Neigung, an die Arbeitslosenfrage ernst heranzugehen. Die Arbeiterfraktion geriet deshalb oft mit ihm in Konflikt, was die Klust zwischen dem ehemaligen revolutionären Sozialdemokraten und den Arbeitervertretern nur erweiterte.

Da das Gesetz im August dieses Jahres automatisch zu Ende kommt, brachte die Arbeiterfraktion eine neue Arbeitslosenborlage ein, die von den linksliberalen Abgeordneten unterstützt wurde. Ihr Grundgedanke war, ein Recht auf Arbeit festzulegen, für dessen Durchführung die lokalen Körperschaften in Verbindung mit dem Ministerium der Lokalregierung zu sorgen hätten.

Begründet wurde die Vorlage von Mr. W. Wilson, dem parlamentarischen Korrespondenten der Daily News, der die Arbeitslosenfrage als eine der wichtigsten nationalen Fragen betrachtete, der sich das Parlament nicht entziehen dürfe.

Genosse J. M. Macdonald unterstützte die Vorlage und möchte von ihr nicht um ein Wort abgehen. Er sagte: „Hinter der Vorlage stehen die vereinigten Kräfte der Arbeiter. Die Arbeiterpartei ist entschlossen, ein Recht auf Arbeit zu proklamieren. Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, die mit der Durchführung der Vorlage verbunden sind und werden darauf Rücksicht nehmen. Es ist heute allgemein bekannt, daß die moderne Industrie nicht ohne eine Reservearmee von Arbeitslosen bestehen kann. Jeder Ökonom, jeder soziallogische Forscher kennt dieses Uebel, das mit der Natur der bestehenden industriellen Organisation verknüpft ist. Daraus ergibt sich aber die Notwendigkeit, die Lasten der Arbeitslosigkeit nicht auf einzelne der schwächsten Menschen zu werfen oder sie durch Wohlthätigkeit erleichtern zu wollen, sondern durch § 3 unserer Vorlage, der die Behörde verpflichtet, die Reservearmee zu beschäftigen oder zu ernähren. Auf Grund des Arbeitslosengesetzes vom Jahre 1905 wurden 87 000 Arbeitslose registriert, von denen 60 000 als unterstützungswürdig anerkannt wurden, aber nur 36 000 konnten einige Beschäftigung erhalten. Wer unter uns ist kühn genug, derartige Zustände zu verteidigen? Unter den jetztigen sozialen Verhältnissen wird den alten Armen geholfen, indem man sie ins Arbeitshaus schickt. Warum sollen wir keine Anstalten treffen, den Armen früher zu helfen? Die Kosten einer einzigen Dreadnought (eines der modernsten

Minienschiffe) würden genügen, eine Reform des Arbeitslosensübels einzuleiten, und das Ergebnis wäre für die Nation viel nützlicher.“

Gegen die Vorlage sprachen zwei liberale Abgeordnete, die vor vielen Jahren den Gewerkschaften angehört, jetzt aber ganz im Dienste liberaler Kapitalisten stehen und das Recht auf Arbeit bekämpfen. Ihnen antwortete der walisische Bergarbeiterführer Brace, der die negative Kritik der Liberalen verworfen und jeden positiven Vorschlag der Sozialisten bewillkommete. Sodann sprach ein liberaler Bodenreformer gegen die Vorlage, worauf Genosse Grayson mit einer Kampfreden für die Arbeitslosen eintrat.

Er sagte: „Viele in diesem Hause haben die realistischen Schilderungen der Arbeitslosigkeit, da dadurch die idealisierten Bilder, die sie sich von der kapitalistischen Gesellschaft machen, berungiert werden. Eine Arbeitslosenborlage ist ein Windstoß gegen die Illusionschleier, die die Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaft bauen. Findet die gegenwärtige Regierung kein Mittel zur Erleichterung des Arbeitslosensübels, so verurteilt sie sich zur Machtlosigkeit. Ich gebe zu, daß es heute keine Lösung der Arbeitslosenfrage gibt, da diese mit dem ganzen Problem der heutigen Gesellschaftsordnung verknüpft ist. Die Lösung kann nur gefunden werden in einer Gesellschaftsordnung, die den Arbeitern das Produkt ihrer Arbeit gibt und für sogenannte „Gentlemen“ keinen Platz hat. Aber es ist unsere Pflicht, anzuerkennen, daß die Frage der Arbeitslosigkeit existiert und eine Antwort heischt. Die konservative Regierung hat wenigstens die Frage bejaht. Damals (im Jahre 1905) sagte der heutige Präsident der Lokalregierung (John Burns), die Vorlage sei „ein Automobil ohne Petroleum“. Als er aber zur Macht kam, hat er, anstatt fürs Petroleum zu sorgen, das Automobil zerfchlagen. Und ich wundere mich darüber gar nicht. Ein Minister einer liberalen Regierung konnte gar nicht anders handeln. Das Problem, mit dem wir uns beschäftigen, betrifft nicht die Produktion, sondern die Verteilung des Reichtums. Und wo es sich um die Verteilung des Reichtums handelt, müssen die Arbeiter sich auf ihre eigene Kraft verlassen. Da liegt ihre Mission; sie sollten nicht glauben, daß die Arbeitslosenfrage so schwer zu lösen sei. Sie ist nur eine Geldfrage. Und in den besten Fällen der unerbittlichen Einkommen, an die die Regierung zu rühren fürchtet, gibt es genug Mittel, den Hunger des Volks zu bannen.“

Die Rede Graysons peitschte John Burns auf. Er sang eine Lobeshymne auf die humane Politik des Liberalismus und auf die Wohlthätigkeit Englands im allgemeinen. Er meinte ferner, der ganze Trade Unionismus ginge zugrunde, wenn die Arbeitslosenborlage angenommen würde; ebenso würde ein derartiges Arbeitslosengesetz die Arbeiter demokratisieren; sie würden glauben, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie sich als Arbeitslose registrierten. Die Vorlage sei utopisch, unpraktisch und deshalb zu verwerfen. Burns Rede wurde oft von den Arbeiterabgeordneten durch scharfe Zurufe unterbrochen. Jowell rief ihm „Humbung!“ zu; Gebvols rief, Burns spreche die Unwahrheit; Curran meinte, die Arbeiterbewegung komme auch ohne Burns aus.

Nach dieser Rede dürfte es nicht mehr möglich sein, auch nur von einer Sympathie Burns für die Arbeiter zu sprechen. Die Klust zwischen der englischen Arbeiterbewegung und Burns ist viel weiter als die zwischen dem französischen Sozialismus und Millerand. Es hat sich deutlich gezeigt, daß Burns nichts weiter als ein Phrasenredner ist.

Rundschau.

Gegen der Heimarbeit in der Tabakindustrie. Es wird uns geschrieben: Die Firma Ziegenbein zählt in ihrer Fabrik in Minden für Nr. 238, Normarbeit, 13.50 Mark; der Heimarbeiter G. Sauerwald, Giddenhofen, bekam für dieselbe Arbeit 10 Mk.; Nr. 41 Fabriklohn 12.75 Mark; der Hausarbeiter W. Schröder nebst Frau und Sohn erhielten 9 Mk.; Nr. 46, Fabriklohn 12.25 Mk.; die Heimarbeiterin Frau Schäfer 9 Mk. W. Sierich erhielt in der Fabrik in Minden für Nr. 50 15 Mk.; für dieselbe Sorte erhielt Frau Köhling, Bunderfeldmark, 10 Mark, also 5 Mk. weniger. Hermeling II und Schäfer erhielten auf der Fabrik für Nr. 71, Gierfaffen, 17 Mk.; G. Gölcher, Beesenkamp, bekam als Heimarbeiter 11 Mk., also 6 Mk. weniger. W. Marks erhielt für Nr. 251 17.50 Mk. auf der Fabrik; August Schröder als Heimarbeiter 11.50 Mk.

Das genügt schon, um die Phrasen und Unrichtigkeiten der Mindener Handelskammer abzutun.

Die französische Tabakindustrie beschäftigt in den staatlichen Betrieben zurzeit etwas über 16 000 Arbeitskräfte; der weitaus größte Teil sind Frauen. Die Arbeitszeit hat in den 20 dem Staate unterstellten Betrieben eine durchschnittliche Dauer von neun Stunden. Der Tagelohn eines Tabakarbeiters betrug im Jahre 1906 6.17 Frank, einer Tabakarbeiterin 4.10 Frank. Bei den Arbeiterinnen ist der Lohn innerhalb der letzten zehn Jahre relativ kräftiger gestiegen als bei den Arbeitern; bei diesen war der Lohn 1906 um 0.85 Frank oder um 16 Proz. höher als 1897, bei den Arbeiterinnen nahm er in der gleichen Zeit um 0.71 Frank oder um 21 Proz. zu. Die gesamte Lohnsumme, die im Jahre 1906 zur Auszahlung gelangte, belief sich auf 19.37 Millionen Frank. Die kräftige Ausdehnung, die die französische Tabakindustrie im Jahre 1906 genommen hat, geht aus dem Aufschwunge des Rohstoffverbrauchs hervor. In den 20 Fabriken wurden 1906 43 309 363 Kilogramm Rohtabak verarbeitet, gegen 41 854 144 Kilogramm im Jahre 1905. Nicht so stark wie die Rohstoffverjorgung ist die Herstellung von Zigarren und anderen Tabakfabrikaten gewachsen; es wurden an sämtlichen Produkten 39 748 897 Kilogramm gewonnen, gegen 39 192 622 Kilogramm im Jahre 1905. Entweder sind also die umfangreichen Vorräte auf Lager genommen worden oder aber die Qualität des Rohstoffs war weniger ergiebig als im Vorjahre. Bemerkenswert ist, daß die Fabrikation von Zigarren sogar zurückgegangen ist, und zwar ziemlich beträchtlich; es wurden nur 2 236 719 Kilogramm Zigarren hergestellt, gegen 2 592 108 im Jahre 1905. Zigaretten dagegen und feingeschmittener Rauchtabak wurden sehr viel stärker fabriziert als 1905, bei Zigaretten beträgt die Steigerung 17 Proz., bei Rauchtabak nur etwas über 1 Proz. Außer den zwanzig Tabak verarbeitenden Fabriken besitzt der französische Staat noch 32 Betriebe, die sich mit der Anpflanzung des Rohstoffs befassen.

Berichte.

Braunschweig. Werte Kollegen! Als Delegierten zum 6. Gewerkschaftskongreß für den 2. Wahlkreis schlagen wir Braunschweiger den Gauleiter Emil Burgold vor.

Breslau. Am 12. April fand im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Ab-

rechnung; 2. Wahl des Kassierers; 3. Stellungnahme zur Matfeier; 4. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß; 5. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kollegen Wodocza verlesen und für richtig befunden. Als Kassierer wurde Kollege Alfred Rebling, zum ersten Bevollmächtigten Robert Grobert und als Schriftführer Kollege Wurm gewählt. Zur Matfeier wurde beschlossen, gemeinsam mit dem Sortiererverband ein Schreiben an den Arbeitgeberverband zu richten, mit dem Ersuchen um Freigabe des 1. Mai. Zum 4. Punkt der Tagesordnung wurden folgende Kollegen als Wahlkreisprüfungskommission für den 8. Wahlkreis gewählt: Adolf Grober, Alfred Rebling und Louis Berg. Als Vorsitzender fungiert Robert Grobert, Hilbrandtstraße 3. Als Kandidat wurde Gauleiter Wurm einstimmig aufgestellt. Unter Verschiedenes wurde einer 70jährigen Kollegin, die langjähriges Mitglied ist, 15 Mk. Notunterstützung aus der Lokalkasse bewilligt.

Frankenberg. Am 9. April wurde hier im Stadtpark eine Mitgliederversammlung abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Kollege Gustav Lehmann, daß er die Leitung der Geschäfte, solange die Untersuchung wegen Verleumdung Naumborfs ihm gegenüber nicht erledigt ist, an den 2. Bevollmächtigten abtrete. Kollege Wurm gab hierauf den Kasfenbericht über das 1. Quartal 1908 sowie den über die Lokalkasse. Beide Kasfen wurden von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Dann wurde vom 2. Bevollmächtigten ein Schreiben des Hauptvorstandes verlesen, in welchem den Mitgliedern die Notwendigkeit, einen besoldeten Gauleiter im 13. Gau anzustellen und den Sitz desselben wieder nach Dresden zu verlegen, der besseren Verbindung wegen mit sämtlichen Zahlstellen, vor Augen geführt. Die Mitglieder erklärten sich mit dem Beschluß des Hauptvorstandes einverstanden und stimmten demselben einstimmig zu. Unter Verschiedenem wurde der Kartellbericht vom Kollegen Herrn. Fischer mit Befriedigung entgegengenommen; er machte unter anderem noch auf den in Aussicht genommenen Ausflug nach Wolfenstein aufmerksam und ersuchte um recht zahlreiche Beteiligung, da sich die Bahnverwaltung bei einer Beteiligung von 230 Personen bereit erklärt hat, einen Extrazug zu stellen. Die Kosten für eine Person betragen 1.70 Mk., auch können auf ein Billett zwei Kinder fahren. Ferner wurde ein Delegierter des Kartells zurückgezogen.

Gelberrn. Die Firma Clever u. Berres hat sämtlichen Arbeitern gekündigt, weil sie ihre Fabrik nach Achen verlegt. Da hier am Platze sämtliche Fabriken besetzt sind und keine Arbeit vorhanden ist, werden die Bevollmächtigten ersucht, wo Arbeit vorhanden ist, dies unbenutzlich an den 3. Bevollmächtigten, Karl Brodmann, Nordwall 2, zu melden. Die reisenden Kollegen werden ersucht, Gelberrn zu meiden.

Hodenheim. In der am 11. April stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde einstimmig der Gauleiter Krohn als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß in Samsburg aufgestellt. Wir ersuchen die Zahlstellen des 6. Wahlkreises, unsern Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Karlsruhe. Hier tagte am 4. April eine lombinierte Mitgliederversammlung der Zahlstellen Karlsruhe und Rintheim. Nach Verlesung der Quartalsabrechnung wurde die Verschmelzung der beiden Zahlstellen offiziell vollzogen. Der Vorsitzende A. te Boel sprach einige zu beherzigende Worte und gab der Meinung Ausdruck, daß nun mit vereinten Kräften für das weitere Gedeihen des Verbandes gearbeitet werden müsse; keine Erfolge seien in letzter Zeit schon errungen, jedoch ständen noch viele der Organisation fern; diese zu erobern müsse sich jeder zur Pflicht machen und sich der Ortsverwaltung zur Seite stellen. Heising erstattete den Bericht über die Verhandlung mit der Firma Bod u. Cie., Zigarettenfabrik in Karlsruhe, früher in Frankfurt a. M., wegen der Kündigung des Kollegen Tingo-witsch. Während die Fabrikversammlung sich auf den Standpunkt einer Maßregelung stellte, erklärte die Firma, daß Tingo-witsch wegen mangelnder Arbeit und ungebührlichen Benehmens entlassen wurde. Er, Redner, habe aus der Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen, daß das gespannte Verhältnis mit der Direktrice die Ursache der Aufkündigung sei. Die Austritte und das Benehmen derselben bei der Unterhandlung lassen erkennen, daß ein Arbeiten unter deren Aufsicht unerträglich sei. Was die andern Beschwerdepunkte anbetreffe, habe die Firma Abstellung zugesagt. Vom 1. Mai ab könne die Arbeitszeit um 7 Uhr vormittags beginnen, jedoch müsse die zweistündige Mittagspause eingehalten werden; den Feierabend schluß überlasse er den Arbeitern selbst, ob um 5 oder 5 1/2 Uhr stehe im Belieben der Arbeiter, nur wünsche die Firma, daß dann auch Pünktlichkeit herrsche. Das Auspußen solle ferner so eingerichtet werden, daß die Arbeiter keine Störung während der Arbeit haben. In der Diskussion erklärten mehrere Redner, wenn auch von seiten der Firma keine direkte Stellung gegen die Organisation zum Vorschein komme, so selbe man doch jeden als, mißliebige an, der etwa vorhandene Uebelstände kritisiere. Letzteres sei auch die Ursache der Kündigung des Kollegen Tingo-witsch. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit als Maßregelung zu betrachten. Der Gauleiter wurde beauftragt, dem Vorstand die Sache zu unterbreiten. Heising berichtete dann über die Verhältnisse bei der Firma L. Meier in Karlsruhe und auf deren Filialen. Der Verdienst in den Filialen sei ein gerabegu erbärmlicher zu nennen. In Stuppfrig seien die männlichen Arbeiter fast alle ausgeschieden und zu andern Arbeiten übergegangen; den Arbeitsraum habe man deshalb verkleinert, weil nur noch 13 Personen dort in Arbeit seien. Die Anzahl der fertigmachenden Zigarren werde sich im Sommer verringern. Im Wähler Obertal würden etwas mehr Zigarren fertiggestellt, und habe Meier infolge der Arbeitslosigkeit festen Fuß fassen können; auch zahle er etwas höhere Löhne, als die übrigen Fabrikanten, aber der Verdienst sei kein besserer, weil Meier bekanntlich schlechte Tabake zur Verarbeitung verabfolgt. Die Arbeiter hätten auch dort schon Klage geführt. Zu wünschen sei es, daß die Arbeiter den Gedanken der Organisation erfassen, um mit Erfolg vorgehen zu können. Nebenfalls habe Meier auch ein Haar in der Inlandproduktion gefunden und suche Karlsruhe deshalb wieder auf, weil man in den Filialen die Waren nicht so mache, wie er sie gebrauche. Eine Muthlosigkeit sei daher nicht am Platze, jedoch müsse Sorge getragen werden, daß alles organisiert sei. In der Diskussion wurde über kleine Aufbesserungen bei zwei Sorten berichtet. In der Fortsetzung berichtet A. te Boel über die Verhältnisse und Verhältnisse bei der Firma Stelzer in der Gottesauerstr. 18, Seitenbau 2. Etage; dort haben sich unter der Leitung eines Verbandsmitgliedes Geis, der Sortierermeister ist, arge Mißstände eingestiftet. Durch Nichtbeachtung der Ortsverwaltung habe Geis nie einen ordentlichen Arbeiterstamm zusammengebracht, erst dann, als er um Zuwendung von Arbeitskräften nachsuchte, sei der Betrieb in Gang gekommen. Man habe aber bald eingesehen, daß der Meister Geis der Organisation ein unwürdiges Mitglied sei, und zu dieser Erkenntnis sei er wohl auch selbst gekommen, denn er sei ausgetreten. Weil er von der Zigarrenanfertigung wenig Ahnung hat, mußte er sich aus den Arbeitern einen Weigemeister wählen, dazu wurde der Zigarrenarbeiter Kern in Wochenlohn gesetzt und verfab die Meisterarbeiten bei den Zigarrenarbeitern und Widelmachern. Ein gerabegu raffiniertes Sparsystem wurde eingeführt. Zunächst setzte man die Kollern Kern in Wochenlohn, und diese Kollegin schindet in ihrer Unwissenheit bald das Menschenunmögliche aus dem Blatt heraus; hiernach sollten sich die Arbeiter dann richten mit ihrem Verbrauch an Decke. Daneben hagelte es Ausschuh in ansehnlicher Zahl, so daß das Arbeitsverhältnis unerträglich wurde. Als dann Träger sich mit einem Zirkular an den Fabrikanten Stelzer wenden wollte, trat Meister Geis energisch dazwischen

A. Verbandsbeiträge:

Table with 2 columns: Name and Amount. Lists contributions from various members like 31. März, 31. April, 6. April, etc.

B. Für Protokolle der Generalversammlung:

Table with 2 columns: Name and Amount. Lists costs for protocols from 7. April, 12. Wagenfeld, etc.

C. Für Annoncen:

Table with 2 columns: Name and Amount. Lists advertising costs from 6. April, 12. Rheba t. W., etc.

Berichtigung: In Nr. 15 des Tabakarbeiter muß es heißen Braunschweig 202.23 Mr. Freiwillige Beiträge, statt Verbandsbeiträge.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Einmalige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Erzucht die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 13. April 1908.

W. Nieder-Wolland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Änderungen:

Nachstehende Änderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.

Für Jshoh: Der 1. Bev. A. Diebenborn wohnt jetzt in Ende bei Jshoh, Schulstraße 8. — Der 2. Bev. A. Ried wohnt jetzt Kaiserstraße 21.

Für Juchan: Der 1. Bev. Otto Richter wohnt jetzt Lange Straße 11.

Für Katibar (14): Der 2. Bev. Herm. Müller wohnt jetzt Bahnhofsstraße 3, III.

Für Würzburg (7): Der 1. Bev. Max Hemmerich wohnt jetzt in Versbach 130 (bei Würzburg).

Für Würzburg (8): Alle Zuschriften sind an Georg Kupfer, Bismarckstraße 1, Würzburg, zu richten.

Berichtigung: Jauenburg (1): Der 1. Bev. heißt nicht Kreuz, sondern Joh. Franz, Büchsenweg 4.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Eisenberg (S.-A.): Durch Otto Degner, Karolinenstraße 17, an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends.

In Jshoh: Durch den 1. Bev. A. Diebenborn in Ende bei Jshoh, Schulstraße 8. An Wochentagen von 6 bis 8 Uhr abends.

In Würzburg: Durch Alb. Schmitt, Brombühlstraße 5, II.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Jshoh: Durch den 2. Bev. A. Ried, Kaiserstraße 21. An Wochentagen von 7 bis 8 Uhr abends.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht unsere Versammlungen gütlich!)

In Groß-Byden: Sonnabend, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, beim Gastwirt Aug. Schneewitz. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Walden: Ostermontag, den 20. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, beim Gastwirt Schwetmann. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Giesfeld: Sonnabend, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Blome, Webersstraße 5. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Leipzig: Sonnabend, den 25. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Zahlreiches Erscheinen ist entgegen zu erwarten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Lemgo: Montag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn H. Volland, Breite Straße. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Bericht von der Herjorder Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die Bevollmächtigten und Delegierten haben um 8 Uhr zu erscheinen. — Sämtliche Mitglieder werden ersucht, ihre Versammlungen besser zu besuchen wie sonst. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Offensen. Der 1. Bev. J. Henz, Schulstraße 9, I, hat seine Sprechstunden von 8 bis 9 Uhr vormittags und 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr nachmittags; des Sonntags nur nachmittags von 1 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Alle Mitglieder seien darauf hingewiesen, nur die hier angegebene Zeit zu benutzen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Blumenhof, Mozartstraße 5, I. Ausschuß: D. Sibow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 8. Schiedsgericht: R. Dehland, Berlin N., Rugeplatzstraße 24.

Eingegangen: St. Ingbert 75.— Mr., Biber 50.— Mr., Halle t. W. 50.— Mr.

Sterbekasse: Bernburg 50.— Mr., Lübeck 2.— Mr., Heibingfeld 10.35 Mr., Schmöln 9.36 Mr.

Zuschüsse: Varmbed 100.— Mr., Hackett 100.— Mr., Godensheim 200.— Mr., Würzburg 60.— Mr., Braunschweig 150.— Mr., Dietelsheim 50.— Mr., Halberstadt 100.— Mr., Wallenar 50.— Mr., Krankengeld: 36.— Mr.

Hamburg, den 13. April 1908. H. Ditt.

Letter Krohn hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Krisis und deren Folgen. Am Schlusse besprach er einige Verbands-einrichtungen seit der Generalversammlung. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Kretschmar, welcher auch auf den Gewerkschaftskongress zu sprechen kam; er führte aus, daß im 6. Kreis der 8. Gau der stärkste sei; deshalb schlage er auch vor, daß wir den Kandidaten für den Kreis vorschlagen. Dann wurde Kollege Krohn einstimmig für den Kreis aufgestellt. Kollege Schmidt II gab den Bericht von der Gewerkschaftskommission. Die Gewerkschaftskommission hat beschlossen, eine Auskunftsstelle für Kranken-, Invaliditäts- und Unfallversicherung zu errichten. Kollege Kretschmar wurde mit derselben betraut. Wären die Kollegen Gebrauch machen von dieser Einrichtung. Am 1. Mai findet ebenfalls eine Versammlung statt, an der sich die Mitglieder beteiligen sollen. In Zukunft sollen die Versammlungen an Werktagen stattfinden.

Abrechnung

Über eingegangene Beiträge vom 3. Gau für die Protestbewegung gegen die Wandereinkommensteuer.

Table with 2 columns: Cinnahme (Income) and Ausgabe (Expense). Lists amounts for Hannover, Hilbesheim, Kerbst, etc.

Table with 2 columns: Cinnahme (Income) and Ausgabe (Expense). Lists amounts for Fahrgeld und Diäten, Telegramm, Drucksachen, Inserate, etc.

Table with 2 columns: Cinnahme (Income) and Ausgabe (Expense). Lists amounts for Cinnahme, Ausgabe, and bleibt (Remains).

5. Wahlkreis.

In der am 11. April stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Gießen wurde zu der Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress unser Kollege Gauleiter Franz Schenel einstimmig in Vorschlag gebracht.

Die Bevollmächtigten der Zahlstelle Gießen.

Sämtlichen Mitgliedern unseres Wahlkreises zur Kenntnisnahme, daß in der am 11. April stattgefundenen Mitgliederversammlung in Gießen die Wahlprüfungskommission gewählt wurde. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Hugo Thielmann, Gießen, Weichstraße 16a.

Wir ersuchen alle Zahlstellen unseres Wahlkreises, das Wahlergebnis an obige Adresse zu senden.

Mit kollegialischem Gruß Die Wahlprüfungskommission in Gießen.

8. Wahlkreis.

Zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands ist von den Mitgliedern der Zahlstelle Schwerin a. Warhe der Kollege Karl Uiber als Delegierter für den 8. Wahlkreis aufgestellt. Wir richten an die Mitglieder des 14. Gaues die Bitte, ihre Stimmen auf denselben zu vereinigen.

Ortsverwaltung Schwerin a. B.

Uereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Versendungen nur an W. Nieder-Wolland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilken, Altona-Altstadt, Scheel-Platzstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

5. Gau.

Der Gauleiter W. Schützer, Giesfeld, wohnt jetzt Pöllendorfer Straße 116.

Nachstehendes Buch, lautend auf Marie Brandenburg, S. I, 72825, aufg. am 22. 7. 07, wurde von Hordenheim als verloren gemeldet. Im Vorzeigungsfalle konfiszieren man das Buch und sende es ein.

Von Lübeck ohne Abmeldung abgereist ist Milh. Schrader aus Paderstadt, geb. 29. 4. 60, eingetr. am 16. 2. 08. Derselbe muß 1.— Mr. Strafe zahlen.

Das Mitaleh Karl John aus Linsburg, geb. 31. 1. 85, eingetr. am 11. 8. 06, Buch S. I, 40683, kl. III, erhielt am 16. 8. 08 in Varmbed eine Wanderkarte ausgestellt. Derselbe erhob am 19. 3. 08 in Zeit 1.— Mr. Arbeitslosenunterstützung und trat dort in Arbeit. Statt nun die Wanderkarte einzulösen, wurde bei der erfolgten Abreise am 28. 8. 08 demselben die obige alte Wanderkarte zur Weiterreise belassen. Am 31. 3. 08 trat J. in Halle a. S. in Arbeit und reiste am 6. 4. 08 wieder weiter, ohne die Karte gegen das Buch eingetauscht zu haben. Dieses Verfahren seitens der Bevollmächtigten ist unzulässig und weisen wir wiederum auf die Bestimmungen hin, wonach die Wanderkarte sofort einzulösen ist, sobald das Mitaleh in Arbeit tritt. J. meldet nunmehr an, in Dresden seine Wanderkarte verloren zu haben und ersuchen wir, im Vorzeigungsfalle um Konfiskation und Einlösung derselben. Unterföhung darf darauf nicht mehr ausgezahlt werden.

Diejenigen Bevollmächtigten, die außer Zeit Unterföhung auf obige Wanderkarte ausgezahlt haben, werden gleichfalls ersucht, sofort zu berichten, wieviel erhoben wurde. (S. 496/08.)

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstände sind ernannt:

Für Ratibor: Herm. Müller als 2. Bev. Für Jshoh: Feinr. Schwarz als 2. Bev., Feinr. Brandt als 3. Bev.

Für Würzburg: Max Hemmerich als 1. Bev.

mit den Worten: „Ich lasse mir die Leute nicht durcheinander-machen, Sie sind entlassen.“ Als dann Träber zum Kontor kam, wurde die Angelegenheit durch Stelzer geschlichtet und Träber ging am Montag wieder zur Arbeit, erhielt aber keinen Tabak von Geis und wurde aus dem Raum verwiesen. Träber reichte Klage beim Gewerbegericht ein und Stelzer mußte durch das Vorgehen seines Meisters Geis 18 Mr. an Träber zahlen. Zu dieser Verhandlung gingen auch einige Verbandsmitglieder, was den Jörn des Geis herauf beschwor und er sann auf Rache. Sofort wurde ein Plakat ausgehängt: Wer zweimal zuspät kommt, wird bestraft; wer dreimal zuspät kommt wird entlassen. Zu dem Verbandskollegen Schaller sagte er dann privatim: Kommen Sie am Montag etwas zeitig, ich will damit nur bestimmte Personen treffen. Es fand dann auch eine Kündigung im Anschluß an die Gewerbegerichtsverhandlung statt, welche durch das Dagewichtreten des Gauleiters Heising rückgängig gemacht wurde. Bei dieser Gelegenheit erhielt dann Geis in den beiden Fabrikversammlungen vom Gauleiter einen gebührenden Verweis als Mitglied und Meister mit auf den Weg, und auch der Vizemeister Kern. Aber anstatt der versprochenen Besserung trat nur Hinhaltung der Uebelstände ein. Inzwischen hatten sich der Meister Geis und der Vizemeister Kern veruneinigt, letzterer trat dann in den Verband ein und in der darauf folgenden Fabrikversammlung, wo wiederum Beschwerden vorlagen, gerieten Meister Geis und Kern aneinander, und jetzt wurde Herr Geis entlarvt als der eigentliche Treiber der ganzen Unertüchlichkeiten im Betriebe. Der Nachfolger Kerns, Zigarrenarbeiter Goger, spielte dann auch gleich den Verteidiger und der ganze Jörn entbrannte jetzt gegen die Fabrikkommission, welche gewählt und von Stelzer anerkannt war. Das schien dem Geis und dem Goger gefährlich zu werden, deshalb wurde auch ein Weg gefunden. Die Abstellung der Uebelstände des Arbeitsraumes war auf den 1. April angekündigt, trat aber nicht ein, alles blieb beim alten; kein genügendes Deckblatt, unregelmäßiges Anschreiben desselben und daher Benachteiligung einzelner, schlechtes Umblatt, wodurch die Widelmacher 2.50—3 Mr. weniger verdienen; die dafür versprochene Vergütung wurde nach Verlauf von vier Wochen nicht einmal ausgezahlt. Die Fabrikkommission wurde beim Fabrikanten verdächtigt und angeschwärzt und Unwahrheiten wurden berichtet. Man hatte Stelzer aufgehetzt und die Kündigung von fünf Verbandsmitgliedern, darunter die Fabrikkommission, erfolgte durch Stelzer in eigener Person. Eine Unterhandlung seitens des Gauleiters zwecks Rückgängigmachung der ausgesprochenen Kündigung und Abstellung der Uebelstände blieb erfolglos. Stelzer sagte, im benachbarten Orte Blanteloch habe er Ersatz für die unzufriedenen Arbeiter gefunden. Ursache zur Unzufriedenheit hätten seine Arbeiter nicht, er zahle die höchsten Löhne in Karlsruhe und seine Arbeiter verdienten bei ihm viel Geld. Gerade die Unzufriedenen, te Boel und Schaller, verdienten am meisten. Dann schlug Herr Stelzer sein Lohnbuch dem Gauleiter auf, wonach die besten Wochenverdienste von 17, 17.50, 18.50, 19, 19.50, 20, ja sogar 21 Mr. waren. Sind das nicht gute Löhne? frug er. Als der Gauleiter sagte, für Karlsruhe nicht, sah er ihn ganz verwundert an. Der größte Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen gehen jedoch mit 10, 11, 12, 13, 14 und 15 Mr. pro Woche zu Hause. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, die Entlassung als Maßregelung zu betrachten und die Betriebe in Karlsruhe und Blanteloch zu sperren. Zugug ist streng fernzuhalten. Dann erstattete te Boel den Kartellbericht, welcher beifällig aufgenommen wurde. Hierauf sprach Ab. Heising über den Reichsvereinsgesamtwurf und übte scharfe Kritik an dem Verhalten der Volksparteiler und der Freisinnigen. In der Diskussion stellten sich Bauer und Rothacker auf denselben Standpunkt.

Leipzig. Die Unternehmer terrorisieren, jetzt die Weltfirma G. Gahle, Zigarrenfabrik in Leipzig, durch die indirekte Maßregelung der Sortierer. Besonders wütend ist der Unternehmer über die kürzlich nachgewiesene Zahl der in einem Jahre verbrauchten Sortierer. Um die Kollegen zu födern und sie der Organisation zu entfremden, wurde der bekannte Hundertmarkreid angewandt. Weil keiner der organisierten Kollegen darauf hineinfiel, wurde sämtlichen, teilweise viele Jahre dort beschäftigten Kollegen gekündigt. Ihre noble Gesinnung bewiesen bei diesem Akt die sogenannten treuen Arbeiter. Nicht nur, daß sie sich der Firma mit Leib und Seele verhafteten, sondern einige denunzierten die Äußerungen ihrer organisierten Kollegen dem Herrn Unternehmer. Der Sortierer Jolle brachte es fertig, die Firma zu ersuchen, die Organisierten doch raus zu schmeißen; der Sortierer Burkhart machte den Vorschlag, den Staatsanwalt eingreifen zu lassen. Daß diese edlen „Kollegen“ die gerügten Missethäter als Lüge bezeichneten, sei nur nebenbei erwähnt.

Verband der Zigarrensortierer.

Magdeburg. Der Streik in der Zigarrenfabrik von Karl Schröder in Magdeburg-Neustadt ist noch nicht beendet. Neuz neue angebahnte Verhandlungen scheiterten, da der Betriebsinhaber bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit verlangte. Die Firma verfuhr immer noch, durch verlockende Inzerate Arbeitswillige heranzuziehen. Zum Teil hat sie damit auch leider Erfolg gehabt. Die Magdeburger Polizei ist in ihrer bekannnten Schneidigkeit eifrig bemüht, das Streikpostenfesten zu verhindern. Eine Anzahl Streikposten wurde schon verhaftet. Selbst Unbeteiligte haben unter dem Uebelreifer der Polizei schon au leiden gehabt.

Neumünster. In etner am Sonntag, 12. April, stattgefundenen Versammlung beschäftigten sich die Kollegen und Kolleginnen mit dem Antwortschreiben der Fabrikanten. Von seiten der Lohnkommission wurde berichtet, daß nachstehende Fabrikanten jegliche Lohnaufbesserung strikte ablehnen und auf Verhandlungen sich nicht einlassen wollen: G. Brauns, Friebein, J. Reiche, J. Bokke, A. Möller, Th. Gier, D. Wischmann, G. Vander, Feinr. Bühse. Nach längerer eingehender Debatte wurde mit 40 gegen 8 Stimmen beschlossen, bei obenstehenden Firmen am 13. April die Kündigung einzureichen. Die Firmen J. Pries und G. Wendt haben die Forderung unter Vorbehalt anerkannt und zahlen seit obigem Datum pro Mille 1.50 Mark mehr. Die Firma Bühse hat infolge der Behauptungen des dort beschäftigt gewesenen Kollegen Eduard Zehlfass aus Nauen, daß die dort beschäftigten Kollegen und Jurichter den Tabak nicht richtig verarbeiten, die Lohnforderung sei eine ungerechte, wenn er den Lohn zahlen wolle, dann könne er, der Fabrikant, auch Hamburger Arbeit verlangen, die Arbeiter gekündigt. Die Versammlung sprach diesen Kollegen und Kolleginnen, indem sie dies Vorgehen als eine Maßregelung betrachtete, auch diese Unterföhung zu. Sogleich wurde beschlossen, beim Vorstand zu beantragen, den Kollegen L. aus dem Verband, welchem er erst am 1. März 1908 beigetreten ist, auszuschließen. Kollegen, haltet den Bezug nach Neumünster streng fern, dann wird der eventuelle Kampf nur von kurzer Dauer sein. Sämtliche Kollegen gehören dem Verband an, und sind diese gewillt, mit aller Energie ihre gerechten Forderungen zu vertreten. Der Hauptvorbstand hat die Angelegenheit der Kollegen bereits zur Vereinsache gemacht.

Draniensbaum (Anhalt). Am 12. April fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die besser hätte besucht sein können. Der Kassierer verlas die Abrechnung. Dann wurde Bericht erstattet über die Lohnbewegung bei der Firma Vetsch u. Co. Es wurden bewilligt für 6 Sorten je 25 Pfg., 1 Sorte 50 Pfg. Rollenlohn; für 5 Sorten je 20 Pfg. und 1 Sorte 25 Pfg. Widelmacherlohn pro Mille. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten von zwei Kollegen bei der Lohnbewegung scharf getadelt. Dann wurde über einen Antrag, betreffend Gründung einer Lokalkasse, debattiert. Nach längerer Debatte wurde der Antrag vertagt.

Sedenheim. Am 12. April fand hier im Lamm eine Mitgliederversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Gau-

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Brasil empfehle:
 10000 Pfund Java, Umblatt und Einlage, großblättrig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, 85 Pfg. Ferner offeriere 12000 Pfund Carmen, schlicht 80 Pfg., prima 85 Pfg., doppelt prima 90 Pfg. Sumatra-Decker, zweite Vollblatt-Länge, ganz hell und reinfarbig, deckt mit 1 1/2 Pfund, tabellos weich brennend, 350 Pfg.; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, 400-500 Pfg. Ferner empfehle Sumatra-Decker von 140-400 Pfg. in allen Farben. Sumatra-Umblatt und Einlage (Sandblatt) 110 Pfg. Vorstenland-Decker, dunkelbraun 170 Pfg., hellfarbig 220, 250-300 Pfg. Java-Decker 220-300 Pfg., Umblatt 100, 110, 120, 130 Pfg., Umblatt und Einlage, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg. Mexiko-Decker, graubraun 300 Pfg., dunkel 220 Pfg. Umblatt 150 Pfg. St. Felix-Brasil-Decker, garantiert schneeweißer Brand und größte Deckkraft, 170 und 180 Pfg., Umblatt 120 Pfg. Havanna, edle Qualität, 300 Pfg. Yara-Cuba 160, 220 Pfg. Domingo 85, 90, 100 Pfg. Portorico 90 Pfg. Losgut aus nur überfeinsten Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, 85 Pfg.

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franko. }

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Drehbrett, für 10-12 Formen, pro Stück 6.50 Mk.
 Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.
 Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Witz-Rolle 160 Pfg.
 Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

! Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Seeben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort.

Vertreter für Ratibor und Umgegend: Gustav Barmeister, Ratibor, woselbst sich ein größeres Wickelformenlager (Wickelformenpressen, Band, Entleeren sowie sämtl. Utensilien, die z. Zigarrenfabrikation nötig sind), befindet.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Preisliste! Preise verzollt per Pfund gegen Cassa. Preisliste!

Sumatra-Decker, III" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 170 Pfg.
 do. II" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 180 "
 do. II" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 210 "
 do. III" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . . 220 "
 do. III" Vollbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . . 250 "
 do. I" Stütbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . . 280 "
 do. II" Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein . . . 320 "
 do. II" Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein . . . 350 "
 do. II" Vollbl.-Länge, hellfarbig, Ia. Ia. Brand, hochfein 400-700 "

Sumatra-Umblatt, leicht und hochedel, 115-130 Pfg. Vorstenland-Decker, fahl, Ia. Ia. Brand, 220 Pfg., Ersatz für hellen Sumatra, Ia. Ia. Brand 260 bis 300 Pfg. Java-Umblatt, flott brennend, 120-140 Pfg. Java-Einlage mit Umblatt 80-100 Pfg. Mexiko-Decker, hochfeinster St. Andres, 4 Pfd. deckend, 450-500 Pfg. Havanna-Decker, hochfein, 450-600 Pfg. Havanna-Umblatt und Einlage 250 Pfg. Seedleaf, feinstes Umblatt, 90-120 Pfg. St. Felix-Brasil-Einlage 100-120 Pfg. St. Felix-Brasil-Umblatt 120-140 Pfg. St. Felix-Brasil-Decker 150-200 Pfg. Domingo FF 90-100 Pfg., F 85-95 Pfg. Carmen, reines Umblatt, 90-100 Pfg. Losgut nur aus gemischten originalen amerikanischen Tabaken 80-90 Pfg.

Preise verzollt per Pfund Cassa.

Ziel bei längerer Geschäftsverbindung oder nach Aufgabe guter Referenten nach Uebereinkunft. — Bei größeren Abchlüssen (Preise nach Wunsch verzollt oder unverzollt) stehe mit Spezial-Offerten zu Diensten! Zum Zeitpunkt offeriere einen Posten Domingo F & 38 Pfg., FF & 43 Pfg. per Pfund unverzollt bei Abnahme größerer Posten. Proben nur gegen Nachnahme! Umtausch garantiert!

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Roh-Tabake!

Empfehle besonders nach jetzigen Verhältnissen sehr billig:

Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 225, 245, 260, 300 Pfg. — Carmen-Umblatt à 85, 90, 100 Pfg. — Seedleaf à 95, 100 Pfg. — Java, Einlage mit Umblatt, à 85, 95, 100 Pfg. — Brasil, Einlage mit Umblatt, à 120, 130 Pfg., Decker à 180 Pfg. — Mexiko à 220 Pfg. — Amerik. Losgut (Carmen, Seedleaf, Java, Domingo) à 80, 85 Pfg., aufzuarbeiten ohne extra Umblatt, sowie alle übrigen Tabake zu zivilen Preisen. — Preise inklusive Zoll.

F. Reil, Bremen, Weizenkampstr. 187.

Gelegenheitskauf von Restpartien!

1. L. Vollblatt, hell und fahl, 1 1/2 Pfd. deckf., garant. weißer Brand Pfd. 3.60
 2. L. Vollblatt, allerb. fable Farben, 1 1/2 " " " " " 6.00
 3. L. Vollblatt, Mittelfarben, etwas gespickelt " " " " " 2.20
 2. L. Vollblatt, Borneo " " " " " 2.60
 3. L. Sumatra, teilweise hell und grau " " " " " 2.10
 2. L. Vollblatt, Vorstenlanden, hellbraun " " " " " 2.20
 St. Felix-Decke, 4 Pfd. deckfähig " " " " " 1.60
 Brasil-Umblatt Mt. 1.20, Carmen, rein Umblatt . . . 0.95
 Java-Umblatt u. Einlage Mt. 0.85, 0.95, Losgut, pa. Misch., gar. überfeinst feberleicht, Mt. 1.20, 4. Länge, als Decke weiß brennend . . . 1.30
 Domingo FF, hart u. sauer, Mt. 1.00, Sumatra-Ausleger, feberleicht . . . 1.15
 Muster gegen Nachnahme. — Bei größeren Quanten ab meinem Freihafenlager Brook 6. — Ziel nach Uebereinkunft.

Nichtpassendes nehme zurück, daher Risiko gänzlich ausgeschlossen.

J. Roth, Roh-Tabake en gros, Hamburg, Mattentwiete 19/23.

Arbeiter-Radfahrer-Bund



„Solidarität“

Gegründet 1896.

Sitz: Offenbach a. M.

Mitgliederzahl 90000.

Der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“, welcher sich über ganz Deutschland, die Schweiz und einen Teil Oesterreichs erstreckt und die grösste radsportliche Organisation ist, bietet seinen Mitgliedern für ein Eintrittsgeld von 60 Pfg. und einen Monatsbeitrag von 20 Pfg. folgendes:

1. Das monatlich zweimal erscheinende Bundesorgan: „Der Arbeiter-Radfahrer“.
2. Unfall-Unterstützung und zwar im 1. Jahre der Mitgliedschaft 1 Mk., im 2. Jahre 1.25 Mk. und im 3. Jahre 1.50 Mk. pro Tag für die Dauer von 13 Wochen für Rad- und Motorrad-Unfälle. Bei Unfällen mit tödlichem Ausgang 50 Mk. und nach einer einjährigen Mitgliedschaft 100 Mk.
3. Sterbe-Unterstützung nach einer einjährigen Mitgliedschaft an die Hinterbliebenen 50 Mk.
4. Gewährung von Rechtsschutz in Fällen, welche für das Radfahrerverwesen von Bedeutung sind.
5. Zollfreie Ueberschreitung der Grenzen nach allen Ländern für Rad- und Motorfahrer.
6. Wegekarten für Rad- und Motorfahrer werden an die Bundesvereine gratis sowie an die Mitglieder zu ermässigten Preisen abgegeben.

Alle Sportgenossinnen und Genossen, welche unserem Bunde noch fern stehen, fordern wir auf, sich unserem Bunde als Mitglieder anzuschliessen. Tretet ein in die Reihen Eurer Klassengenossen, in den Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.

Alle Zuschriften resp. Meldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle:

Carl Fischer, Offenbach a. M., Bismarckstrasse 32.

Vielen Kranken ein grosser Segen!

J. R., not. cand., in Stuttgart schreibt: So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abge-spannt gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer rasenbluten und sah aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamscheider Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends um 10 Uhr zu Bette legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte. Fr. D. in Klausthal: Mit großer Freude teile ich Ihnen mit, daß mich Ihr Lamscheider Stahlbrunnen von meinem mich seit langen Jahren quälenden Nervenleiden befreit hat. Alles ging ohne Berufsstörung; meine Gesundheit hat sich nicht nur gebessert, sondern ich bin jetzt vollständig hergestellt. Geheimrat Prof. Dr. med. L.: Deutschland besitzt in dieser Eisenquelle einen Heilkeim ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.

Warm empfohlen bei Blutarmit, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Proskuren kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W.

Geräte für die Fabrikation

als:

Wickelformen, Formenpressen, Rostenpressen, Arbeitstische, Schmelz-, Sortier-, Rosten-, Einflößen für Wickelmacher, Bündelpressen etc.

Rollbretter, Ia.-Ware, rotbuchend 1.50 A, weisbuchend 2 A unverwundlich

Echt amerik. Kopfholz-Bretter mit Eisenbolzen — Unerreicht in Haltbarkeit! — per Stück 5.50 A, 10 Stück 58 A

Arbeitsmesser, prima Stahl per Stück 25 A, 10 Stück 2 A

Hamburg. Arbeitsmesser zu gleichen Preisen.

Trockenöfen zu 2 Mille 40 A zu 5 Mille 55 A

P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin
 Magazinstrasse 14.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 280, 300, 325, 350, 375, 425, 500, 550, 600, fahl, mittel 225, 275, 300, 350, 425 Pfg., dunkel 300, 325 Pfg., 350 Pfg.
 Vorstenland-Decke 160, 200, 225, 250 Pfg.
 Java 90, 95, 100, 105, 120, 130, 135, 140 Pfg.
 Brasil 105 (Erf.), 125, 130, 135, 150, 200 Pfg.
 Carmen, Domingo 95, 100, 110, 120, 130 Pfg.
 Mexiko-Decke ff. 450 Pfg.
 Pa. Losgut 85 Pfg netto, Paraguay 90 Pfg. Fabrikabfall, grob, 75 Pfg.

Entrippte, rein überseeische hochfeine Einlage 120 Pfg netto
 Inländische Tabake 75, 85 Pfg.
 Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt. Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel
 Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager. Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 A, mit Tab 19 A, ganz Eisen 26 A.
 Preskasten zu 600 Zigarren nur 4.50 A, zu 1000 Zigarren nur 5.75 A.
 Rollbretter 175, 200 Pfg, Strichholz 300, 350 Pfg.
 Bündelbüchse, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 A.
 Arbeitsmesser 20 u. 30 Pfg, 35 Pfg Hamburger. Laok 30 Pfg, 8 Stangen.
 Papier, blau, 40 Bogen pro Pfund, 20 Pfg.
 Band 50 Meter von 70 Pfg an.
 Ringe ff. nur 20, 25 Pfg, mit Porträt 45 Pfg.
 Etiketten von 40 Pfg pro 100 Stück an.
 Gummi-Traganth nur 175, 225, 250 Pfg pr. Pfd.
 Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.
 Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale
 Vertreter: Gustav Boy
 Berlin N., Brunnenstr. 183.

Ratgeber f. Arbeiter Geb. 1.25 Mk. Volksbuch hdl Leipzig.

Brillanten, Juwelen und Goldwaren für Jedermann

Man erhält umsonst und portofrei unseren Katalog mit über 2000 Abbildungen v. Taschenuhren, Wanduhren und Weckern, Ketten, Schmucksachen aller Art. Photogr. Apparate. — Geschenkartikel f. den praktischen Gebrauch und Luxus. Sprechmaschine, u. Musik-Instrumente, Nähmaschine, und gerahmte Bilder usw.

Teilzahlung

Der Besteller bekommt sofort die Ware, die er wünscht, und die Bezahlung geschieht in monatlichen Raten.

Wer einmal so gekauft hat, macht es stets wieder so. Siehe folgenden beglaubigten Bericht des öffentlich angestellten beidseitigen Bücher-Revisors und Sachverständigen **F. GORSKI** in Berlin!

Ich bescheinige hierdurch, dass von 1000 (tausend) bei der Firma Jonass & Co., G. m. b. H., Berlin, nacheinander eingegangenen Aufträgen 574 von Käufern herrührten, welche bereits früher von der Firma Waren bezogen hatten; ich habe mich hieron durch Prüfung der Bücher und Beldge überzeugt.

F. Gorski, beidseitiger Bücherrevisor u. Sachverst.

Tausende beglaubigte Anerkennungen. — Hunderttausende Kunden.

Jährlicher Versand über 25 000 Uhren. Zusend. des Katalogs umsonst u. portofrei.

Jonass & Co., Berlin SW. 380
 Belle-Alliance-Strasse 3
 Vertrags-Lieferanten vieler Vereine.

Gegründet 1889

Die Expedition des Tabak-Arbeiter

Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21
 hält vorrätig und gibt gegen Einsendung des Betrags durch Postanweisung oder unter Nachnahme ab aus ihrer Gesundheits-Bibliothek:

Populäre Heilkunde mit Abbildungen, über 500 Seiten. Gebunden. Statt früher 6 Mk., jetzt nur 1.50 Mk. (Porto 30 Pfg.).
 Das goldene Buch der Gesundheit. Ärztlicher Ratgeber für Gesunde und Kranke. Von Dr. med. Julius Locheim. Elegant gebunden, 512 Seiten stark, mit vielen Abbildungen. Nur 3.00 Mk. (Porto 50 Pfg.).

Rehfeld's Haarschneidemaschine „Familienfreund“

Viele Anerkennungs-schreiben.

mit 2 Aufschiebkämmen, schneidet die Haare 3, 7 und 10 mm. Jeder Familienvater spart viel Geld und schützt seine Kinder vor Ansteckung, wenn er ihnen die Haare selbst schneidet. Jeder Ungeübte kann mit dieser Maschine Haare selbst schneiden.

Preis per Stück nur Mk. 3.80
 Porto 20 Pfg. Nachnahme 20 Pfg. teurer.
 Kein Risiko, da, wenn nicht gefällt, Umtausch oder Betrag zurück. Gebrauchsanweisung

Garantie für jedes Stück. liegt bei. — No. 13951, Haarschneidemaschine amerikan. System, Mk. 6.50.

REHFELD & BACKE, SOLINGEN 23
 Fabrikation Solinger Stahlwaren und Weilverbandsaus. Jeder Sendung, auch der kleinsten, legen wir Rabattschein bei!
 Interessanter Katalog auf Wunsch gratis und franko.

Heinrich Franck
 Berlin N., Brunnenstrasse 185.
 Gegründet 1879.

Sumatra, ganz hell Vollblatt, prima Brand
 250 Pfg. verzollt.

Sämtl. Utensilien, gebr. Formen. Muffr. Katalog gratis u. rausf.

An die Sozialdemokratie in Preußen!

veröffentlicht der Vorwärts nachstehenden Aufruf zu den preussischen Landtagswahlen:

Parteienossen! Am 3. Juni dieses Jahres finden die Wahlen und am 16. Juni die Abgeordnetenwahlen für das preussische Dreiklassenparlament statt. Entsprechend den Beschlüssen des Mainzer Parteitags hat sich die Partei mit allen Kräften an den Landtagswahlen zu beteiligen.

Trotzdem die öffentliche Stimmung die wirtschaftlich und politisch Abhängigen die offene Bekundung ihrer Gefinnung bei der Wahl erschwert, müssen alle Parteien ihre ganze Kraft für den Wahlkampf einsetzen, um ein möglichst glänzendes Resultat zunächst bei den Wahlmännerwahlen zu erzielen.

Die Partei hat in erster Linie durch möglichst starke Wahlbeteiligung Protest zu erheben gegen ein Wahlsystem, das eine Schande für einen Staat ist, der ein Kulturstaat sein will. Jede Stimme mehr, die für uns abgegeben wird, steigert die Wucht des Protestes!

Über nicht allein Protest gilt es zu erheben. So ungünstig auch die Kampfbedingungen für uns sind, so muß es uns doch bei äußerster Einsetzung aller Kräfte gelingen, endlich dem preussischen Proletariat die Tore des Landtags zu öffnen! Zugleich soll dieser Kampf aller Welt die schmachvolle Ungerechtigkeit zeigen, die 85 Prozent der Wähler in die dritte Klasse schleudert und sie zugunsten der 15 Prozent Wähler der beiden ersten Klassen entrechtet. Ein blutiger Lohn auf die Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte ist nicht möglich. Dem Volke muß die Wertlosigkeit dieses Scheinwahlrechts zum Bewußtsein gebracht werden, um seine Erbitterung und Empörung gegen das bestehende Wahlrecht zu entflammen. Es muß ein System hassen lernen, das mehr als vier Fünftel der Wähler zu politischen Geloten degradiert.

Die 85 Prozent der Wähler in der dritten Klasse für das Dreiklassenparlament sind im Jahre 1908 genau so recht und machtlos, wie es das arbeitende Volk vor dem März 1848 war. Das ist der Fortschritt, den an politischen Rechten das Volk in Preußen seit sechzig Jahren gemacht hat.

Was die Männer der Tat in der Revolution von 1848 errangen, hat eine feige Bourgeoisie der Reaktion preisgegeben. Das damals Verlorene muß zurückerobert, die Rechte des Volkes müssen entsprechend der Kulturentwicklung erweitert werden!

Es handelt sich für die große Masse des Volkes und insbesondere für die preussische Arbeiterklasse um die Eroberung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts auf Grund der Verhältniswahl.

Gründliche Wahlreform im Sinne dieser Grundsätze ist die Forderung, der in erster Linie der jetzige Wahlkampf zu gelten hat.

Die Arbeiterklasse ist an der Eroberung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts um so stärker interessiert, da die Aufgaben, mit denen der Landtag sich zu beschäftigen hat, ihre wichtigsten Lebensinteressen berühren.

Zu diesen Aufgaben gehören unter andern: Die Steuergesetzgebung für Staat und Gemeinde; die Regelung des gesamten Erziehungswesens von der Volksschule bis zu den Hochschulen; die Stellung der Schule zu Staat und Kirche; das Polizei- und Justizwesen; das große Gebiet der Agrargesetzgebung; das gesamte Verkehrs- und Eisenbahnen-, Flugregulierung, Kanalbau, Wegebau; das Armen- und Waisenwesen; das Gesundheitswesen; die Gemeindegesetzgebung; die Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und die Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen der vielen Hunderttausende von Beamten und Arbeitern in den Staatsbetrieben, Eisenbahnen, Bergwerken, Salinen, Wald- und Wasserwirtschaft, Straßenbau usw.

Die Kontrolle und die Kritik auf allen diesen Gebieten, die Tätigkeit für Beseitigung vorhandener Uebel und Mißstände, die Arbeit für Verbesserung der Zustände, die selbstverständlich nur im Sinne des sozialdemokratischen Parteiprogramms zu üben ist, eröffnet der Tätigkeit sozialdemokratischer Abgeordneter ein weites Feld.

Parteienossen! Es ist eine Riesenaufgabe, die wir uns gestellt haben. Aber eine Partei, die als letztes Ziel die Umgestaltung der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus erstrebt, darf keine Arbeit zu schwer, keine Aufgabe unlösbar finden. Der Wahlkampf muß auch dazu dienen, unsere Ideen in den Massen zu propagieren, für unsere Parteiorgane neue Leser, für unsere Parteiorganisation neue Mitglieder zu gewinnen. Hierzu müssen wir den Wahlkampf gründlich ausnützen!

Parteienossen! Zur Führung eines energischen Wahlkampfes sind große Mittel erforderlich. Es darf der Kampf in ärmeren Kreisen nicht dadurch erlahmen, daß in entscheidenden Augenblicken die nötigen Gelder fehlen. Wir richten darum an Euch das dringende Ersuchen,

unverzüglich mit Geldsammlungen

zu beginnen! Auch die Parteienossen außerhalb Preußens müssen dieses Ringen als ihre Sache betrachten und den im Kampfe stehenden Genossen Munition liefern! Alle zu diesem Zwecke verfügbaren Gelder sind sofort an

A. Gerisch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, mit der Angabe: „Für preussische Landtagswahlen“ zu senden.

Die Weisungen für die Handhabung der komplizierten Wahltechnik, die das Wählen nach dem Dreiklassenwahlsystem erfordert, werden Euch in Kürze zugehen, ebenso die Wink für unser Verhalten bei den engeren Wahlen für Wahlmänner und Abgeordnete.

Parteienossen! Geht frisch ans Werk! Seid energisch und unermüdblich! Zeigt unsern Gegnern, was wir zu leisten vermögen! Im Kampf nur zeigt sich der Mann!

Sich die Partei!

Berlin, den 9. April 1908.

Das Zentralwahlkomitee.

Partei Vorstand:

Webel, Eberhardt, Ebert, Gerisch, Volkensbuhr, Müller, Pannfuch, Singer, Wengels.

Geschäftsführender Ausschuss der Landeskommission.

Voeste, Ernst, Riepmann.

Bewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Minden i. Westf. Der Streik bei der Firma F. S. Biegenbein in Minden, Wesenkamp,

Bustedt, Hiddenhäusen und Dettinghausen dauert unverändert fort, da die Firma, die ihren Sitz in Hamburg hat, sich nicht entschließen kann, von ihrem Vorhaben, die bestehenden Löhne zu kürzen, Abstand zu nehmen.

Goslar a. S. Der Kampf mit der Firma L. Soppé ist als beendet anzusehen. Es wird jedoch jedem Mitgliede dringend empfohlen, bei der Firma keine Arbeit anzunehmen.

Neudamm. Der Streik bei der Firma M. Fleisch dauert fort.

Seppenheim. Bei der Firma J. F. Schaper (Sitz Hamburg) in Seppenheim ist ein Abwehrstreik ausgebrochen. Die Firma mutet den Arbeitern zu, Zigarren zu Löhnen anzufertigen, die um die Hälfte geringer sind, als wie sie sie in Hamburg zahlte.

Zeitz. Bei der Firma Hugo Haschke (Sitz Leipzig) in Zeitz sind sämtliche Kollegen und Kolleginnen in den Ausstand getreten, weil die Firma sich weigert, einen annehmbaren Lohn zu zahlen. Der Kampf dauert daher fort. Die Firma besitzt Filialen in Delitzsch, Döbeln i. S., Geringswalde i. S., Gartha i. S., Franzenberg i. S., Waldheim i. S. Alle Kollegen werden ersucht, bei dieser Firma keine Arbeit anzunehmen.

Züllichau. Die Aussperrung bei der Firma Aug. Paul hat noch nicht ihre Erledigung gefunden. Außer der Firma Otto Richter, wo die Kollegen eine Lohnzulage erreichten, sind weitere Lohnbewegungen nicht eingeleitet worden. Die Kollegen der übrigen Firmen haben es anscheinend nicht nötig, ihre Lage zu verbessern. Für eine Zeitlang mag ihnen noch die beharliche Ruhe gegönnt sein, dann werden auch sie durch die Not aufgepeitscht werden.

Karlsruhe. Bei der Firma Stelzer wurde einer Anzahl Kollegen und Kolleginnen auf ganz ungerade Art und Weise gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

Striegau. Die Lohndifferenzen bei der Firma Lange u. Söhne sind zugunsten der Arbeiter erledigt. Die Sperre ist aufgehoben.

Neumünster. Die Kollegen sind in eine Lohnbewegung getreten und ist der Zugang nach dort streng zu meiden. (Siehe Versammlungsbericht.)

Drantsbaum (Anhalt). Die Lohnbewegung bei der Firma Kelsch u. Co. ist mit Erfolg beendet. Die Firma bewilligte 45-75 Pfg. pro Mille. (Siehe Bericht.)

Belgien. In Grammont, Provinz Ostflandern, befinden sich seit dem 24. März 600 Zigarrenmacher aus 21 Betrieben in der Aussperrung, weil in einem Betriebe die Arbeiter in einen Streik eingetreten waren, um dieselben Löhne zur Anerkennung zu bringen, wie sie üblich sind in den andern Betrieben. Vor Zugang nach Belgien wird dringend gewarnt.

Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission

ist in Nr. 11 des Correspondenzblattes erschienen. Wir heben daraus folgendes hervor:

„Während der Gesehtentwurf betreffend die Berufsvereine geeignet war, die größte Beunruhigung der Gewerkschaften herbeizuführen, weil er in der vorgelegten Form die Gewerkschaften eventuell zu einer Aenderung ihrer Organisationsform genötigt hätte, wird das vorgeschlagene Vereinsgesetz nicht von tief einschneidender Bedeutung sein. In der vorliegenden Fassung wird der Entwurf von den Vertretern der Arbeiterklasse nicht angenommen werden können, doch war die Einleitung einer Agitation gegen das ganze Gesetz nicht erforderlich, sondern es erschien ausreichend, wenn die organisierte Arbeiterschaft gegen einzelne reaktionäre Bestimmungen des Entwurfs Protest erhob und hieron dem Reichstag Mitteilung machte.“

Nachdem der Bericht den reaktionären Charakter des Gesetzesgebührend gekennzeichnet hat, wendet er sich zu dem internationalen sozialistischen Kongress, der im August 1907 in Stuttgart tagte. Hervorheben wollen wir die folgende Bemerkung:

„Es fand noch eine größere Zahl von Sitzungen mit dem Parteivorstand statt, zwecks Regelung von Fragen, welche die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung im gleichen Maße betreffen. Unter andern wurde auch zu den Beratungen über die Einigung mit den lokalen Gewerkschaften die Generalkommission zugezogen. In allen Fällen ist eine Verständigung über die beratenen Fragen erzielt worden, und es ist zu keinerlei Differenz oder zu einer Meinungsverschiedenheit nach erfolgter Aussprache gekommen.“

In betreff der Frage der Dienstbotenorganisation kam es zu einer Differenz mit der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands. Von der Vorsitzenden des Nürnberger Dienstbotenvereins wurde beantragt, eine allgemeine Agitation zur Organisierung der Dienstboten einzuleiten. Dieser Anregung gab die Generalkommission Folge und ersuchte die Gewerkschaftskartelle, den Versuch zu machen, Dienstbotenorganisationen ins Leben zu rufen. Dies ist auch, soweit es unter den schwierigen Verhältnissen möglich war, geschehen. Einem weiteren von Nürnberg gestellten Antrag, einen Zentralverband der Dienstboten zu gründen, konnte die Generalkommission nicht zustimmen, weil erst aus den Erfahrungen, die mit den lokalen Organisationen gemacht würden, sich ergeben müsse, ob es überhaupt möglich sei, eine Organisation der Dienstboten gewerkschaftlichen Charakters zu schaffen. Die Generalkommission sammelte die Dienstbotenordnungen der einzelnen Bundesstaaten und Landesstellen, um zu prüfen, ob sich unter diesen Bestimmungen eine einheitliche Organisation für ganz Deutschland durchführen lassen. Da wurde unvermutet von der Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands eine Dienstbotenkonferenz berufen, auf der ein Zentralverband gegründet werden sollte. Bei einer Rücksprache mit der Vertrauensperson wurde darauf hingewiesen, daß das Unternehmen verfrüht und eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen der allerungeeignete Platz ist, einen Zentralverband der Dienstboten ins Leben zu rufen. Trotzdem wurde die Konferenz am 19. November 1907 in Berlin abgehalten und eine Kommission eingesetzt, welche die Vorarbeiten für einen Zentralverband der Dienstboten machen sollte. Von der Tätigkeit dieser Kommission ist bisher nichts bekannt geworden. Die Generalkommission war jedoch genötigt, die Frage der Dienstbotenorganisation nicht weiter zu erörtern, weil ein Zentralverband der Dienstboten ins Leben gerufen werden sollte, noch ehe man sich in den Gewerkschaftskreisen darüber einig war, ob es angängig ist, diese Arbeiterkategorie in einer gewerkschaftlichen Organisation zu ver-

einigen. Aus dem gleichen Grunde konnte auch dem Antrag des Vereins der Hausangestellten Berlins, diese Organisation an die Generalkommission anzuschließen, nicht zugestimmt werden.

Ferner wurde der Anschluß des Verbands der Hausierer und reisenden Händler abgelehnt, weil sie in den meisten Fällen nicht Lohnarbeiter, sondern selbständige sind, wenn sie auch durchgängig eine viel kümmerlichere Existenz als die Lohnarbeiter führen. Sind sie Lohnarbeiter, so finden sie in dem Verband der Handlungsgehilfen und im Verband der Handels- und Transportarbeiter ihre gewerkschaftliche Vertretung. Ebenfalls wurde der Anschluß des Industriearbeiter-Verbands für den Solinger Bezirk abgelehnt. Der Bericht bemerkt dazu:

„Der Industriearbeiter-Verband für den Solinger Bezirk hat als Mitglieder Berufsarbeiter aus der Metallindustrie. Diese können, trotz der eigenartigen Produktionsverhältnisse der Solinger Industrie, sich dem Metallarbeiter-Verband anschließen. Aus diesem Grunde konnten die Generalkommission und der Gewerkschaftsausschuss sich nicht für den Anschluß des genannten Verbands an die Generalkommission entscheiden.“

Das gleiche Schicksal erfuhr ein Verband reisender und gereiselter organisierter Arbeiter oder Allgemeiner Kundenverband, der sich in München gebildet hat und den Zweck haben soll, den reisenden Gewerkschaftsmitgliedern einen Zuschuß zu der Reiseunterstützung zu gewähren, die sie von ihren Organisationen erhalten. In dem Bericht heißt es darüber:

„Es mag die Klage berechtigt sein, daß die von den Verbänden gewährte Unterstützung bei der Teuerung der Lebensmittel nicht immer ausreicht, dem auf der Landstraße befindlichen Gewerkschaftsmitglied die Befriedigung seiner Bedürfnisse zu ermöglichen. Die Gründung eines besonderen Verbandes zu dem Zweck, diese Unterstützung zu erhöhen, ist aber verfehlt. Stellt sich das Bedürfnis für Erhöhung der Reiseunterstützung heraus, so muß diese durch die gewerkschaftlichen Zentralverbände erfolgen. Der Weg ist richtiger und einfacher. Der genannte Verband kann aber auch als eine gewerkschaftliche Organisation nicht angesehen werden. Deswegen ist nicht nur der Anschlußantrag abgelehnt, sondern der Verbandsleitung auch geraten worden, von der Aufrechterhaltung des Verbandes abzusehen.“

An die Generalkommission angeschlossen wurden die Verbände der Hotelbdiener und der Khylographen, nachdem eine Verständigung mit den angeschlossenen Gewerkschaften, die als Konkurrenzorganisation gelten können, erfolgt war. Abgelehnt wurde, sich an einem von bürgerlicher Seite angeregten Arbeiterinnentag zu beteiligen und die Gewerkschaften zur Teilnahme aufzufordern. Bemerkenswert ist noch, daß die Generalkommission eine Erbschaft von 15 000 Mark gemacht hat. Erblaffer ist ein Kaufmann Piel in Düsseldorf. Die Erbschaftsumme ist nach Abzug von 1200 Mark Erbschaftsteuer ausbezahlt worden. Ueber die Verwendung des Geldes waren im Testament des Erblassers besondere Bestimmungen nicht vorgesehen.

In der Einrichtung der Agitationskommissionen, die in verschiedenen Teilen Deutschlands bestehen, wo die Gewerkschaftsbewegung noch besonderer Unterstützung bedarf, und die aus den Mitteln der Generalkommission ganz oder teilweise unterhalten werden, ist während des Berichtsjahres keine wesentliche Aenderung vorgenommen worden. Das Arbeitersekretariat für das Saarrevier, zu dessen Erhaltung die Verbände der Bergarbeiter, der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter Beiträge leisten, wird seit April 1907 vollständig aus den Mitteln der Generalkommission erhalten. Für den industriereichen Teil von Oberfranken, der zu dem Gebiet der Agitationskommission für Nordbayern gehört, ist ein Gewerkschaftsbeamter angestellt worden. Die Mittel werden aus den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder des Bezirks und aus Zuschüssen der beteiligten Organisationen und der Generalkommission gedeckt. Für die Bodenseeregionen (Oesterreich, Schweiz und Deutschland) besteht ein Informationsbureau mit dem Sitz in Konstanz, das den Zweck hat, die Organisationen in den am Bodensee liegenden Orten allmähentlich über die im Bezirk geführten Lohnbewegungen und Streiks zu unterrichten. Zur Unterhaltung dieses Bureaus tragen die Generalkommission und die Gewerkschaftskommission Oesterreichs jährlich je 100 Mark und das Bundeskomitee der schweizerischen Gewerkschaften 60 Mark bei. Zu gelegentlichen Agitationssturen in verschiedenen Bezirken wurden von der Generalkommission Zuschüsse geleistet. Ferner gewährte die Kommission auch Beihilfe zu den Krankentassen- und Gewerbegerichtswahlen in den Orten, wo diese Wahlen von besonderer Bedeutung waren und die erforderlichen Agitationsmittel von den Gewerkschaften am Orte nicht aufgebracht werden konnten. Den zahlreichen Anforderungen, Zuschüsse zur Gründung oder Erhaltung von Arbeitersekretariaten, zur Anstellung von Gewerkschaftssekretären in einzelnen Orten und Bezirken und zum Kaufe oder zur Mietung von Versammlungsorten konnte die Generalkommission nur in geringem Maße Folge geben.

Von den auf dem letzten Gewerkschaftskongress beschlossenen Unterrichtsreisen sind bis zum März 1908 acht abgehalten worden. Die Zahl der Teilnehmer schwankte zwischen 29 und 71. Ein Kursum mit 49 Teilnehmern wurde ausschließlich von Mitgliedern des Maurerverbandes besucht. Im ganzen hatten die Kurse 442 Teilnehmer. Außerdem nahmen an den meisten Kursen noch Hospitanten teil, die nur einzelne Vorträge hörten. Von den 442 Teilnehmern entsandte der Verband der Maurer 97, Metallarbeiter 35, Transportarbeiter 34, Zimmerer 29, Bergarbeiter 25, Textilarbeiter 22, Maler 19, Bauarbeiter 15, Gemeindearbeiter 14, Holzarbeiter 14, Fabrikarbeiter 13, Hafenarbeiter 10, Schmiede 10, Wäcker 9, Brauereiarbeiter 8, Gärtner 7, Schneider 7, Köpfer 6, Stukkateure 5, Barbieri 4, Buchbinder 4, Glasarbeiter 4, Steinarbeiter 4, Hotelbdiener 3, Gutmacher 3, Leberarbeiter 3, Maschinisten 3, Steinseher 3, Blumenarbeiter 2, Buchdruckerhilfsarbeiter 2, Handlungsgehilfen 2, Schuhmacher 2, Sattler 2, Vergolter 2, Zigarrenfortrierer 2, Buchdrucker 1, Dachdecker 1, Fleischer 1, Gastwirtsgehilfen 1, Handschuhmacher 1, Kupfer Schmiede 1, Lithographen 1, Müller 1, Portefeuer 1, Schiffszimmerer 1 und Wäckerarbeiter 1. Außerdem entsandte das Arbeiterinnenkomitee 2 Teilnehmerinnen und 5 Teilnehmer wurden von den Gewerkschaftskartellen zur Teilnahme an den Kursen bestimmt.

In dem Abschnitt Statistik befindet sich u. a. auch eine Kritik der sogenannten amtlichen Streikstatistik.

Neben einer Konferenz von Vertretern der Zentralverbände fand noch eine Konferenz von Vertretern der Verbände statt, deren Mitglieder besonders unter der Heimarbeit leiden. Auch war die Teilnahme der Generalkommission an einer Reihe von Zusammenkünften zwischen einzelnen Verbandsvorständen notwendig, wo es sich um die Regelung von Grenzstreitigkeiten handelte. Auch tagten im Berichtsjahre 28 Generalversammlungen von Gewerkschaften, an denen mit einer einzigen Ausnahme Vertreter der Generalkommission teilnahmen. Zur Förderung der internationalen Verbindungen fand in Christiania die fünfte internationale Konferenz der

